

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streichs, Höhere Gewalt und Verleumdung enthalten den Verlag von der Haftung für Veröfentlichung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Braubausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Braubausstraße 30. Fernsprecher Nr. 1277

Abonnementpreis: Für die sechsmonatliche Zeit 12 Mark. - Einjahresabonnement 22 Mark. - Einzelhefte 2 Mark. - Zusendung durch den Verlag des „Politischen Wegweisers“, Halle (Saale), Gr. Braubausstraße 30.

Nummer 1

Halle, 5. Januar 1929

5. Jahrgang

Neujahrsbetrachtungen

Neuen und Altes zum Jahresbeginn waren auf einen ungewöhnlich frühen Ton gestimmt, der freilich nach Lage der Dinge nicht überaus neu war. Der Rückblick auf die eben verflochtenen 12 Monate bereitet eben nicht zu besonderer Freude, und eine ruhige, nüchternere Beurteilung der Lage erweist für die kommende Zeit keine übertriebenen Erwartungen. Momentlich gilt das, soweit deutsches Schicksal in Frage kommt. Zu irgend-einer Begeisterung haben wir kaum Anlaß. Selbst die Befehlshaber der Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, und das ganze Ringen der Nation ist nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Das stimmt trübe, darf aber nicht die Gesandten trüben lassen. Im Gegenteil. Mit verstärkter Kraft muß in die Aufgabe der Befreiung deutschen Bodens herangetreten werden. So erwarten wir von dem nunmehr angebrochenen Jahr. Hermann Müller hat in seiner Ansprache an die Reichspräsidenten diese Frage angesprochen und verprochen, das Neueste zu tun, um die Gesandten an die Erfüllung ihrer Zusicherungen zu erinnern. Hindenburg hat auch die Gelegenheit beim Empfang des diplomatischen Korps genutzt, um auf die Begrüßung durch den päpstlichen Nuntius dem Gehilfen der Bitterkeit Ausdruck zu geben. Auch vor Jahresfrist ist das, wenn schon in milderer Form, geschehen. Nur ruhten damals die Verhandlungen, während sie jetzt viele Monate währen, ohne bisher erkennbares Ergebnis gezeigt zu haben. Wir sind nicht vorwärts gekommen. Ob die innere Festigung des Reiches wirklich solche Fortschritte gemacht hat, wie Kanzler und Reichspräsident glauben feststellen zu können, möchte wir auch dahin gestellt sein lassen. Im Grunde genommen ist wenig geschehen, was zu dieser Anerkennung berechtigt. Die großen Zukunftsaufgaben sind nicht (sondern) gefördert worden, sondern harren noch wie vor erst ihrer Lösung. Dazu rechnen wir das Verhältnis zwischen Reich und Ländern, den Finanzausgleich, die Justizreform, die Verwaltungsreform und die Veränderung des Wahlrechts. Politisch wolle an der Spitze dieser Aufgaben auch der nationale Wille, sie zu meistern und damit das Schicksal Deutschlands für die Zukunft sicher zu stellen.

werden muß, aber zweifellos eines der wichtigsten unserer Finanzpolitik überhaupt. Arbeit wir nicht einmal für das wesentlichste das halten, was durch eine vernünftige Regelung an Geld erübrigt werden kann, sondern die Vermeidung bürokratischen Verfalls und die Befestigung überflüssiger Kommissäre, die sich auch sonst fähig genug machen. Zeitschriften genug liegen darüber vor und zeigen, daß die kleineren Staaten teurer arbeiten als die großen, und daß die Kommissionspolitik, diese Erfindung ständig um ihre Wichtigkeit besorgter Amtsklassen, die Entwicklung wesentlich eingeengt haben. Der Finanzausgleich ist eben auch ein Teil der Verwaltungsreform. Daran darf uns kein Zweifel über bedrohte Hoheitsrechte irren machen. Erst kommt das Reich. Alles andere darf dahinter zurücktreten. Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß diese Frage sehr leicht einen trübseligen Charakter annehmen kann, doch dürfen wir uns dadurch nicht in der Erfüllung einer selbstverständlichen Pflicht gegenwärtig zu machen lassen, sonst gefährden wir die Zukunft. Der Bericht zeigt jedenfalls, daß hier unsere Vertragspartner immer wieder einhalten werden. Schon deshalb müssen wir diesen Stein des Anstoßes aus dem Wege räumen. Wir haben nicht die mindere Meinung, für Recht, die ihren Sinn selbst verloren haben und die zum Teil noch aus der Zeit der Monarchie stammen, der Entente Opfer zu bringen.

Hugenbergers Neujahrskundgebung

Der neue Herr in der deutschnationalen Partei hat zum Neujahrstage einen Aufruf veröffentlicht, der deutlich genug das Bedenken darlegt: recht, daß es uns nicht gut geht. Dieser fällt diese Kreise mehr auf die Nerven als ein deutscher Erfolg, der ihre eigenen Aussichten vermindern würde. Eigentlich sollten die Anhänger der nationalen Gesinnung eine andere Einstellung beweisen, aber wir sind von ihnen gewohnt, daß sie nur an sich denken, während sie gleichzeitig die nationale Frage bis zum Lieberdruß verwenden. Seine Kritik ist in ihren Einzelheiten natürlich berechtigt. Niemand wird ihm widersprechen, wenn er das verlorene Jahr als kein besonders erfreuliches bezeichnen und alles aufzählt, was es uns schuldig gelassen ist. Die Hefe ist endlos. Aber das ist nicht das Entscheidende. Das entscheidende System von Weimar wird von ihm angeklagt, als ob es an der Verworrenheit der Zustände den Hauptanteil trüge. Die Abneigung gegen die Republik ringt immer wieder nach Ausdruck. Die Unhaltbarkeit des Systems glaubt er feststellen zu können, obwohl er selbst zu den Männern gehört, die in der Vergangenheit stärksten Einfluß gehabt haben und mit schuldig an der Katastrophe sind. Wir haben ein Recht, uns gegen Diktate unserer ehemaligen Feinde aufzulehnen, denn wir haben auch während des Krieges niemals daran gedacht, unmögliche Bedingungen im Falle eines deutschen Sieges zu stellen. Hugenberg kann das von sich nicht behaupten. Er hat zu den Unterzeichnern jener Denkschrift der 6 Verbände gehört, die als schon das Kriegsglück wandelnd wurde, noch Erhebungen forderten. Nichts hat er in diesen 10 Jahren gelernt. Er sah das Ringen der Nation, die unter größten Schwierigkeiten und Gefahren ihren Dornenweg ging und dabei immerhin berücktelte geleistet hat. Von dem Wiedererleben Deutschlands ist ihm nichts bekannt geworden, vielleicht, weil er selbst ihn bestämpte. Seine Ziele sind nicht unsere Ziele. Wir wissen, daß ein Erfolg der Deutschnationalen alles wieder in Frage stellen würde, was im Wahl zum Vorhinein begründet, denn sie hat wenigstens Arbeit geschaffen. Seine Neujahrsvorlesung beweist anwiderlegbar.

Poincarés Erfolg

Seit langem ist das Kabinett Poincaré gefährdet. Auch die Umwidmung hat daran nichts geändert. Trotzdem ist es falsch, seine Sturz zu prophezeien. Bei aller Abneigung gegen ihn, der nicht gerade zu den besten Politikern der Weltgeschichte gehört und der mit seinem Sturz die Entwidmung um viele Jahre aufgehoben hat, muß man doch ehrlich zugeben, daß er zu den stärksten Persönlichkeiten seines Landes gehört. Vor allem ist er einwandfrei in seinem privaten Leben und gibt auch dem erbitterten Gegner nicht das Recht, an seiner Ehrlichkeit zu zweifeln. Darauf beruht zum großen Teil seine Wirkung, die seit seinem Erfolg in der Stabilisierungsfrage noch gewachsen ist. Für ihn spricht auch die Zerrissenheit der Linken, die nicht weiß, was sie will, und wenn sie es einmal weiß, dann durch ihre Uneinigkeit das Ziel weiter hinausdrückt. Etwas ganz anderes ist es, ob er selbst das Bedürfnis hat, sich zurückzuziehen. Sein Gesundheitszustand ist nicht unbedingt, obwohl keine akute Erkrankung vorliegt. Aber gewisse Alterserscheinungen machen sich eben bemerkbar. Deshalb klingt es durchaus glaubhaft, wenn berichtet wird,

daß er möglichst bald seinen jetzigen Posten verlassen will, um im kommenden Jahre für die Präsidentschaft zu kandidieren. Dieses Amt sagt ihm persönlich weniger aus. Man kann heute sagen, daß es einzig und allein von ihm abhängt, wann er gehen will, und es ist ohne weiteres bei seiner ganzen Natur anzunehmen, daß er sich einen Augenblick ausruhen wird, der ihm ein Auscheiden mit Ehren gestattet.

Politik und Geschäft

In den Weihnachtstagen haben Senat und Kammer Frankreichs unter dem Druck Poincarés ein Gesetz angenommen, das die Beteiligung von Parlamentariern an Geschäften verbietet. Eine Reihe Stände, an denen es ja in Frankreich nie geht hat, haben dazu den Anstoß gegeben. Man will verhindern, daß Abgeordnete gleichzeitig Aufsichtsräte oder Direktoren von Betrieben sind und diese Doppelfunktion zu einer Art Korruption ausnützen. Das Vorgehen ist an sich berechtigt, aber in dieser Form äußerst bedenklich. Da es bei uns und in anderen Ländern ähnliche Forderungen laut werden, muß man schon den Kern der Frage herausfinden. Wir möchten jedenfalls das Vorbild nicht emulieren. Hier wird tatsächlich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Zunächst muß man sich darüber klar sein, daß es uninteressierte Menschen in keinem Parlament jemals geben wird. Ob man Aufsichtsrat einer Bank, Mitglied einer industriellen Verwaltung oder selbstständig tätig ist, freit gar keine Stelle. Auch der Landwirt ist nicht unbesonnen, wenn Agrarfragen zur Verhandlung stehen. Und schließlich muß man doch einmal offen aussprechen, daß jeder, der in einer öffentlichen Körperschaft sitzt, auch Steuerzahler ist und in dieser Eigenschaft natürlich seine Interessen wahrnimmt. Das ist einfach unabweislich. Keine Frage gibt zur Erörterung, der der nicht selbst oder durch Familienbeziehungen, durch Freundschaften und Bekanntschaften eine gewisse innere Anteilnahme besitzt. Wenn man sich selbst Weniges vorstellt, die das Ideal der inneren Unabhängigkeit verkörpern, so läßt man einfach dazu, daß man überhaupt keine Sachverständigen mehr für die einschlägigen Gesetze hätte. So geht es also nicht. Was verlangt werden kann und verlangt werden muß, ist etwas ganz anderes, nämlich der Zwang zur öffentlichen Darlegung jeder finanziellen Beziehung. Der Wähler wie das Parlament müssen wissen, an welchen Geschäften jemand beteiligt ist. Darin kann uns England als Muster gelten. Es muß von vornherein festgelegt werden, welche Person neben dem offiziellen Beruf noch innehat, damit die Fraktionen in der Lage sind, ihnen die Abstimmung zu verweigern, wenn sie in eigener Sache als Gesellschafter auftreten wollen. Auch wird man einmal die Frage erörtern müssen, ob nicht dem Parlament selbst die Funktion eines Ehrengerichtes übertragen werden sollte. Wir haben ja selbst den Fall gehabt, daß ein deutschnationaler Abgeordneter bei dem Kampf um die Entschädigung der Fürsten sich als bezahlter Beauftragter eines Herzogs entpuppte, wovon er sorgsam geschwiegen hatte. Dagegen muß Front gemacht werden. Das französische Gesetz aber ist abzulehnen.

Das sozialdemokratische Wehrprogramm

Dem Parteitag, der am 10. März zusammentritt, wird ein sogenanntes Wehrprogramm vorgelegt. Der Zwang es zu schaffen, bestand zweifellos schon mit Rücksicht auf den Etat, in dem ja die 2. Rate für den Panzerkreuzer V enthalten sein soll. In dem Entwurf haben Vertreter beider Flügel mitgearbeitet, so daß man ihn wohl als einen Kompromiß bezeichnen muß. Er zerfällt in 2 Teile: einen grundsätzlichen und einen besonderen. Mit dem ersten sind wir restlos einverstanden. Es wird für klar ausgesprochen, daß angesichts der internationalen Verhältnisse Deutschland eine Wehrmacht unterhalten muß. Auch wir glauben, daß gerade zur Förderung der Abrüstung das unbedingt erforderlich ist, dem umso schwächer wir sind, umso weniger fähig die Wehrmacht den Zwang in sich, ihre aus dem Vertrag von Versailles stammenden Verpflichtungen zu erfüllen. Auch was sonst zur Außenpolitik gesagt wird, kann von uns unterschrieben werden. Abrüstung, abgrenzter Schiedsgerichte, Fortsetzung der Locarno-Politik. Das ist schließlich das Programm der Großen Koalition. Die Einzelheiten, die ja mehr dazu bestimmt sind, der Major der Wähler die Anerkennung des Wehrtrates schmachtlich zu machen, fördern dagegen zur Kritik heraus. Vor allem ist eine Verfrüherung unter parlamentarischer Kontrolle unbrauchbar. Die österreichischen Erfahrungen sind nicht geeignet, dieses Beispiel zu befolgen. Es würde lediglich der Wehrden die Gegenüber bieten, wenn sie wieder einmal unter Herrn Marx regiert, dann alle christlichen Republikaner vom Seeresidenten auszuschließen. Was notwendig ist, erscheint eine Disziplin, die trotz durchgeführter wird und ein richtungsloses Zugreifen, wenn Verbindungen mit Reichsver-

Der Bericht des Generalagenten

Wir erpedieren Verpöpfung hat Parter Gilbert seinen Bericht über die deutschen Finanzen der Öffentlichkeit übergeben. Meist man seine Ausführungen, so gelangt man zu einem vollkommen falschen Bild. Was ihn veranlaßt hat, ein so glühendes Urteil zu fällen, wird uns immer unklar bleiben. Wir denken unwillkürlich an das Wort Hermann Müllers beim Neu-Ausbruch beim Reichspräsidenten, daß man im Zustande sich durch eine Gehörtheit täuschen läßt. Das scheint tatsächlich der Fall zu sein. Es ist über richtig, daß einige verantwortungsvolle Zeitgenossen einen Neudruck zur Schau tragen, den sie gar nicht besitzen, und daß die Spornart, die in unserer Lage nationale Selbstverständlichkeit wäre, nicht genügend betätigt wird. Aber durch die Hauptthesen der Großdeutschen, kann sehr leicht zu falschen Schlüssen verführt werden. Aber das sind schließlich nur Erscheinungen, denen man überall in der Welt begegnet. Das Glend der Massen ist auf diesen Späterungen nicht zu erkennen, weil es sich in die Außenwelt zurückzieht. Vor allem aber ist für den Fernbesitzer nicht genügend die Vererbung des Mittelstandes zu erkennen, der von der Hand in den Mund lebt und nie weiß, wie er die Bedürfnisse des nächsten Tages befriedigen soll. Auch die amtliche Baukäuflichkeit könnte etwas weniger laueris sein. Der Fremde sieht nur Prachtbauten und erkennt nicht, daß dieser Antrag verstanden ist mit einem Anhang an Konsumgüter, an Hülsen für Kranke, Altersheimen und Waisen. In diesen Städten hat gerade zum Jahreswechsel eine beachtliche Kritik daran eingesetzt. Der Ortopädie, die jetzt wieder herrscht, stehen viele Städte insofern eigener Fehler geradezu hilflos gegenüber. Davon heißt in dem Bericht Parter Gilbert nichts. Er ist der Ansicht, daß wir die 2/3 Milliarden jährlich geradezu mit Selbstgeißel zahlen können, wobei er nur die Kleinigkeit überläßt, daß wir dies bisher lediglich auf Grund von Anleihen und neuen Schulden der öffentlichen wie der privaten Wirtschaft durchgeführt haben. Wir bedauern es so sehr, daß Gilbert ein so unzutreffendes Bild unserer Lage entwirft, als man sich voranschäuflich bei den Reparationsverhandlungen gerade auf ihn berufen wird.

Reich und Länder

In einem Punkte werden wir dem Generalagenten zweifellos zustimmen müssen. Er bemängelt, daß das finanzielle Verhältnis zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden noch immer keine Regelung erfahren hat. Auch seine Bemerkung, daß eine Kontrolle schon im Interesse größerer Erfahrungen notwendig wäre, läßt sich nicht so leicht abtun, wie es in den parlamentarisch eingestellten Staatsräubern der Zeitrahen geschieht. Es ist gewiß nicht das Kernproblem, das in den Fragen der Reparation gesucht



Die Ereignisse des Jahres 1928

Eine Rückschau

1. Januar: Blutige Zusammenstöße in Nicaragua zwischen Marinetruppen und den Anhängern des Generals Canabino.

5. Januar: Der argentinische Außenminister Gallardo wird in der deutschen Reichshauptstadt herzlich empfangen.

6. Januar: Das Pensionatsgesetz des Senatspräsidenten am Reichsgericht, Dr. Kiehnert, wird genehmigt.

9. Januar: Der Vorsitzende des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas spricht in Bordeaux sich für die Abstinenzdrückung aus.

15. Januar: Im Reichsfinanzpalais beginnt die deutsche Länderkonferenz.

17. Januar: Zusammentritt des Panamerikanischen Kongress mit einer Rede von Goebbels.

18. Januar: Reichswehrminister Geiser gibt seine Rücktrittsabsicht bekannt.

19. Januar: Reichsminister a. D. Groener wird zum Reichswehrminister ernannt. — Reichsfinanzminister Brüder legt seinen Etat vor. — Das deutsche Grundgesetz ist die ungelöste Reparationsfrage.

26. Januar: Der Haushaltsausschuss des Reichstages nimmt die Entwürfe zur Regelung der landwirtschaftlichen Notlage an.

30. Januar: Dr. Stresemann wird für seine Verhandlungspolitik zum Ehren doktor der Universität Heidelberg ernannt.

3. Februar: Tarifserhöhungsabsichten der Reichsbahn werden bekannt.

8. Februar: Ein Misstrauensantrag gegen die neue norwegische Arbeiterregierung findet Annahme.

9. Februar: Die „Germania“ berichtet das Schulgesetz als gescheitert. Eine Einigung über die Simultanunterschiede ist nicht erzielt worden.

14. Februar: Lord Oxford, der alte Führer der Liberalen Englands.

16. Februar: Spanien begeht das Fest seiner zehnjährigen Unabhängigkeit.

23. Februar: König Amanullah von Afghanistan ist auf seiner Europareise in Berlin eingetroffen. — Der belgische Außenminister Hymans erwartet Deutschlands Vorschläge für eine frühere Abstinenzdrückung. Der Wiener Nationalrat veranlasst eine Kundgebung für Südtirol.

28. Februar: Der frühere deutsche Botschafter in London, Herr Eichenhoff.

29. Februar: Kellogg wiederholt in einem Schreiben an Brand seinen Vorschlag über einen allgemeinen Weltfriedenspakt.

2. März: Der Farmer Langlopp verliert ein Attentat auf den Präsidenten des Reichsenfischzuchtamtes in Berlin.

5. März: Im Mittelpunkt der Genfer Ratstagung steht der Bericht über den ungarischen Waffenschmuggel bei Szegedharod. — Das polnische Wahlergebnis führt die Blüchert-Partei als „C“ Gruppe in den Sejm einziehen. Erfolgreich sind die deutschen Ergebnisse, vor allem für Oberschlesien. — Eine Waffstill-Stelle enthält Drohungen für Desterreich.

8. März: Spanien und Brasilien werden aufgefordert, wieder in den Völkerbund einzutreten. — Die Sozialistischen Frankreichs rechnen die Abstinenzdrückung in ihr Wahlprogramm auf.

13. März: In Ahrich können Landbesitzer das Finanzamt.

15. März: In der vorbereitenden Abrüstungskommission stellt Deutschland den Antrag auf Offenlegung der Rüstungszahlen.

16. März: Die Wirtschaftsverhandlungen mit Russland müssen unterbrochen werden wegen der Verhaftung deutscher Ingenieure im Dones-Gebiet.

20. März: In Bukarest veranlassen 60 000 Bauern eine Demonstration gegen die Regierung Bratiana.

26. März: Die Abrüstungskonferenz verschiebt die deutschen Entwürfe zur Veröffentlichung aller Mitteilungen über den Stand der Rüstungen auf die Tagesordnung der nächsten Tagung. — Lord Curzon macht in einer Note Vorschläge zur Gewährung.

27. März: Der Termin der Reichstagswahlen wird auf den 20. Mai festgesetzt.

29. März: Peter Gilbert hat in London Besprechungen über die Dawes-Kommission. — Das Zentrum legt Dr. Wirth auf die Reichsliste. — Der Verwaltungsrat der Reichsbahn beschließt Tarifherhöhung.

31. März: Der Reichstag hält seine Schlussitzung ab.

7. April: Peter Gilbert hat Besprechungen in Paris und Rom.

11. April: Kommunisten besetzen den Schriftsteller Otto Braun aus dem Moskauer Untersuchungsgefängnis.

12. April: Attentat auf Victor Emanuel, 14. Tote; der König überlebt. — Saupmann schlägt sich mit Baron von Hünefeld und Major Hymann zum Ozeanflug geplanzt. — Nach Ständingem Flug landen die Ozeanflieger in Green-Island.

18. April: Der italienische General Nobile ist mit der Staffa nach Stolz geflogen, von wo aus er seine Nordpolarexpedition weiterführen will.

20. April: Der österreichische Verkehrsminister Dr. Schöff ist in Berlin zur Besprechung über den „Eisenbahnenvertrag“ eingetroffen.

25. April: General Wrangel, der frühere Führer der russischen Weißgardisten in Brüssel.

26. April: Das Schiedsgericht im Haag fällt im ober-

schiedlichen Schulters eine für Deutschland günstige Entscheidung. — Im Bürgerbräu Keller in München wird Dr. Stresemann bei einer Rede niedergeschlagen.

1. Mai: Das endgültige Wahlergebnis in Frankreich bringt eine Stärkung der Mittelparteien unter Führung von Poincaré und Briand.

5. Mai: Die Unterwelt: Seidberg überreicht dem amerikanischen Botschafter Dr. Sherman und dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann die Ehrenplakette.

7. Mai: Rumänische Bauern demonstrieren in Alba Julia.

10. Mai: Stresemanns 50. Geburtstag.

12. Mai: In Köln wird die „Presse“, die Wochenzeitung der Arbeiter, eröffnet.

18. Mai: Beginn des Dones-Prozesses, 400 000 Zuschauer.

20. Mai: Großwahltag in Deutschland. Durch die Splitterparteien gingen 16 Mandate verloren.

21. Mai: Große Phosgen-Katastrophe in Hamburg.

23. Mai: Rücktritt des griechischen Kabinetts, Benizelos der kommende Mann. — Prinz von Opele Verurteilung mit dem Katenauto.

24. Mai: Das Kolmarer Schwurgericht verurteilt die eifässigen Autonomienführer zu Gefängnisstrafen.

1. Juni: Tschangkaifang räumt Peking ohne Widerstand. Ein Vombenanfall auf seinen Zug führt seinen Tod herbei.

5. Juni: Gröner verleiht den Mitgliedern der Reichswehr und Marine die Mitgliedschaft im Kaiserlichen Yachtclub.

12. Juni: Rücktritt der Reichsregierung. Müller-Franzen mit der Kabinettbildung beauftragt.

13. Juni: Reichstagsöffnung.

20. Juni: Völkertag im Belgischen Parlament; Stephan Raditsch tödlich verwundet.

21. Juni: Der russische Eisbrecher Krassin bahnt den Weg zu Robort.

25. Juni: Amerika hat den Großmächten seine neue Note über den Kriegsschlichtungspakt überreicht.

28. Juni: Rücktritt Pilsudski; Professor Bartel polnischer Ministerpräsident.

6. Juli: Urteil im Dones-Prozess.

8. Juli: Junkersflieger erlangen den Dauerflugweltrekord.

9. Juli: Die deutsche nationale Parteiberrettung mißbilligt den Artikel Lambach über Monarchismus.

11. Juli: Einigung der Parteien über Steuerentlastung und Amnestie.

16. Juli: Frankreich erklärt sich für den Kellogg-Pakt. — Eichenhoffnachricht in München, 10 Tote und 17 Verletzte. — Der ehemalige Ministerpräsident Giolitti.

22. Juli: Präsident Dregon von Mexiko ermordet.

25. Juli: Das Sängerkrieg in Wien, eine Kundgebung für die deutsche und österreichische Kulturgesellschaft.

7. August: Ausland meldet seine Bereitschaft an, den Kellogg-Pakt mit zu unterzeichnen.

9. August: Stefan Raditsch, der kroatische Bauernführer, an den Folgen des Attentats in der Stupischina gestorben.

17. August: Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages.

27. August: Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris. Besprechungen Dr. Stresemanns in der französischen Hauptstadt.

30. August: Eröffnung der Tagung des Völkerbundesrates in Genf.

4. September: Eröffnung der neunten Völkerbundsversammlung in Genf.

5. September: Grundsteinlegung zum Neubau des Deutschen Museums in München durch den Reichspräsidenten.

7. September: Reichsminister Müller gibt im Völkerbund formell die Auffassung der Reichsregierung über Deutschlands moralisches und juristisches Recht auf Abstinenzdrückung bekannt.

Um das preussische Konkordat
Professor Anshütz über die Notlage.

Der Staatsrechtslehrer Geheimrat Professor Anshütz hat vor der Demokratischen Partei in Heidelberg bemerkenswerte Ausführungen über die Notlage im Zusammenhang mit den Verhandlungen des Preussischen Staates mit der Kurie gemacht. Professor Anshütz führte u. a. aus: „Ein Konkordat hat die Rechtsbeziehungen zwischen dem Staat und der Kirche in weitgehendem Maße zu ordnen, wobei nicht außer Acht zu lassen ist, daß es dem Staat an sich freisteht, die kulturellen und kirchlichen Verhältnisse zu regeln, denn Staat und Kirche sind nicht gleichberechtigte Partner, sondern die Kirche ist dem Staat innerwärts seines Gebietes untergeordnet. Es kann also nicht die Rede davon sein, daß der Staat Konkordate abschließen muß. Wenn nun der Staat freiwillig ein davoriges Konkordat eingegangen ist und sich später das Bedürfnis nach einer Umänderung herausstellt, genügt in diesem Falle ein einfaches Staatsgesetz, oder kann dies nur durch den Willen eines neuen Konkordats geschehen? Juristisch kann dies durch Staatsgesetz erfolgen; denn der Staat hat sein Souveränitätsrecht in keiner Weise aufgegeben. Nur das Staatsrecht, und nicht das internationale Recht ist Quelle der Konkordate, wofür es eine Fülle von historischen Beispielen gibt, sogar in rein katholischen Ländern.“

9. September: Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brodowski-Raugau.

10. September: Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in Warschau.

13. September: Eröffnung des Deutschen Juristentages in Salzburg; bedeutende Rede des Reichsjustizministers Koch-Weser.

16. September: Genfer Vereinbarung über die weitere Behandlung der Reparations- und Räumungsfrage. Plan eines Sachverständigenausschusses.

18. September: Rücktritt des Admirals Jenfer, des Chefs der Marineleitung. Vizeadmiral Dr. Raaber sein Nachfolger.

22. September: Veröffentlichung des englisch-französischen Flottenabkommens in Amerika; starke amerikanische Proteste.

25. September: Sitzung des Deutschen Städtetages in Breslau. Entschließung für die Entwicklung zum Einheitsstaat.

4. Oktober: Zehnjähriges Bestehen des Reichsarbeitsministeriums.

11. Oktober: Start des „Graf Zeppelin“ zum Amerikaflug.

16. Oktober: Landung des Zeppelin-Luftschiffes in Lakehurst nach 112stündigem Flug. — Abschluß des kommunizistischen Volkskongresses gegen den Panzerkreuzerbau. Die erforderliche Stimmenzahl bei weitem nicht erreicht.

20. Oktober: Unterbrechung der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

23. Oktober: Tagung des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform. Entschließung der Reichsregierung über die Notwendigkeit einer starken Reichsgewalt, einer territorialen Neugliederung und der Beilegung des Dualismus zwischen Reich und Preußen.

25. Oktober: Tagung des Deutschen Beamtenbundes. Rede des Reichsinnenministers über die Rechte und Pflichten des Beamten.

27. Oktober: Schiedspruch des Reichsarbeitsministers im Ruhrkonflikt.

28. Oktober: Start des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ zum Rückflug nach Deutschland.

30. Oktober: Deutsche Note über den Sachverständigenausschuss in den alliierten Hauptstädten überreicht.

1. November: „Graf Zeppelin“ ist nach 71-tägiger Fahrt in Friedrichshafen wieder gelandet.

3. November: Rücktritt des rumänischen Kabinetts Bratiana.

6. November: Kabinett Poincaré ist in Verfolg der Beschlässe des Radikal-sozialistischen Parteitages zurückgetreten. — Abbruch der polnisch-französischen Verhandlungen in Königsberg. — Präsidentenwahlen in Amerika: Hoover Sieger. — Curris Vizepräsident.

8. November: Der Öberrhein-Wärder Toral zum Tode verurteilt. — Die Danubius-Strasse und Straße für anständig erklärt.

12. November: Poincarés neues Kabinett ohne den Ausgleich der Räte.

16. November: Ablehnung des sozialdemokratischen Entwerfes gegen den Panzerkreuzer mit 255 gegen 203 Stimmen. Die sozialdemokratischen Minister stimmen gegen ihre eigene Vorlage. — Paul Doumer gibt seinen Posten als Ministerpräsident ab.

22. November: Wiederaufnahme der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen.

6. Dezember: Wahl Miklas zum österreichischen Bundespräsidenten.

10. Dezember: Ratstagung in Lugano. Besprechungen der Außenminister der Varna-Mächte.

15. Dezember: Schlussitzung in Lugano. Vorlesung Zerkoffs gegen die deutschen Minderheiten in Pommern-Oberschlesien.

16. Dezember: Kriegshandlungen zwischen Bolivien und Paraguay.

17. Dezember: Der frühere württembergische Finanzminister Schall.

19. Dezember: Waffenruhe in Südamerika durch Vermittlung des Völkerbundes und des Panamerikanischen Kongresses.

22. Dezember: Österreichs Schiedspruch im Ruhrkonflikt. — Rücktritt des Reichsgerichtspräsidenten Simons.

24. Dezember: Eröffnung des rumänischen Parlaments.

Selbstverständlich wird dem Staat dieses Recht immer von der Gegenseite abgesprochen werden und er legt sich immer der Gefahr aus, in der Öffentlichkeit als ein Vertragsbrecher dazustellen. Eine Betrachtung lediglich vom Rechtsstandpunkt aus genügt der gegenwärtigen Problematik nicht, sondern die Verhältnisse müssen auch von der Perspektive der politischen Konstellation gesehen werden. Damit ist gesagt, daß in Preußen der Einfluß der Zentrumspartei immer in Rechnung gestellt werden muß. Für sie ist der Abschluß eines Konkordats lebenswichtig. Es ist unbedingt abzulehnen die Stellung zur katholischen Kirche ist deshalb wohl staatsrechtlich zulässig, erhebt sich aber so gut wie unmöglich. Allerdings liegt eine Notwendigkeit, mit den evangelischen Landeskirchen zu patieren, auch politisch nicht vor. Zweifellos befindet sich der Staat, also in diesem Falle Preußen, dem Vatikan gegenüber in einer günstigen Lage; denn die Kirche ist, die in erster Linie Interesse an dem Abschluß eines Konkordats hat. Zwei Bedingungen sollten unbedingt Voraussetzung jeder Vereinbarung zwischen Staat und Kirche sein, nämlich feierliche Bestimmungen über Schule und Unterricht und ein ausreichender Einfluß des Staates auf die Besetzung der Bischofsstühle.

Verantwortlich Johannes Dornblich, Halle.
Druck: Buchdruckerei Beniger & Co., S. u. D. S., Dessau.

Demokratische Bauernpolitik

Tanzens Reichstagsrede zur Agrardebate

Am Reichstagsrat der Abgeordnete Tanzens (Dem.) die Kräfte bei den zur Agrarfrage eingebrachten Anträgen. Er führte aus, daß die deutsche Landwirtschaft immer zu kämpfen habe, daß kein Zeitpunkt der Vergangenheit ihm beizumessen sei, in der eine ähnliche Notlage so allgemeinen Umfang in der Landwirtschaft angenommen habe. Die Landwirtschaft müsse sich darauf besinnen, nicht ihre verschiedenartigen Interessen in den Vordergrund zu stellen, sondern das Gemeinwohl, Verbindende, müsse vorangehen. Nur dann sei es möglich, eine große Mehrheit des Volkes für ihre Interessen zu gewinnen und weitere Veredelung aufzuhalten. Dazu sei nötig, daß über die parteipolitischen Grenzen hinweg sachlich und ernst die agrarischen Belange gesehen und beurteilt würden. Nicht Ost gegen West, nicht Klein gegen Groß, nicht Pächter gegen Verpächter, Getreidebauer gegen Viehzüchter müsse zur Verwirklichung parteipolitischer Zwecke gegeneinander ausgespielt werden, sondern in dieser ersten Lage müsse eine Verbundenheit der Interessen zu erzielen sein. Das könne nur erreicht werden, wenn diejenigen, welche in der Landwirtschaftlichen Arbeit beruflich wurzeln, nicht nur die ökonomische Lage, sondern auch die Seele des Bauern verstehen, sich alle miteinander überzeugen, daß es so nicht weitergeht. Nicht Kritik an der Staatsform, an der Demokratie oder irgendwelche anderen politischen Meinungsverschiedenheiten dürften die Landwirte gegeneinander treiben, wenn sie etwas erreichen wollten. Ein so starkes Wollen könne aber nur aufgebracht werden, wenn man die Not kennt und sich die Folgen klar macht.

Der Redner berührte dann die Not der Städte, stellte sie der des Landvolks gegenüber, wobei er sagte, wenn der Bauer nicht Hunger leidet, so ist seine Not doch ebenso groß, wenn er merkt, daß durch die immer größere Verschuldung ihm der Boden unter den Füßen entgleitet. Das Vertrauen, daß es auch einmal wieder aufwärts geht, darf den Gedanken zur Selbsthilfe nicht erlösen. Ohne diese nicht alles möglich.

Dann sprach der Redner zunächst die Lage, wie sie sich gestaltet hat. Er berührte dabei die vier großen Gruppen, auf die sich die Notlage zurückführen läßt. Das sind die ausgedehnten Preise der meisten landwirtschaftlichen Produkte, welche nicht die Goldenwertung mitgemacht haben, wie die meisten industriellen Erzeugnisse, die der Bauer kaufen muß. Als zweiten Punkt besprach er die Verschuldung und die Schuldsinsen, unter der die Landwirtschaft leidet, und stellte fest, daß die im Enquêtesausfluß errechneten Zinsen ergeben, daß der Großgrundbesitz am meisten verfallt, der Familienbesitz in der verhältnismäßig noch günstigsten Lage sei. Als dritten Grund der Not besprach er die Steuern, welche die Landwirtschaft zu tragen hat, und zeigte an einem außerordentlich deutlichen Beispiel, daß das in der Landwirtschaft liegende Kapital nach Abschluß der Steuern nicht den Gewinn bringt, der zur Bewirtschaftung der Anpflanz der Betriebe und ihrer Mitarbeiter nötig ist und so ein immer weiteres Zurückgehen die Folge sei. Die vierte Gruppe betraf die sozialen Lasten, die zwar nicht zu mindern, wohl aber in dem Punkt der Arbeitslosenfrage mehr Mitleid auf das landwirtschaftliche Interesse zu nehmen habe. Mit einem Wort: die Familienbetriebe lasten es am längsten aus, die mittelbäuerlichen Betriebe dann, wenn die Anpflanz sich unter ihr früheres Niveau in ihrer Lebenshaltung einstellen, der Großgrundbesitz kann nur mehr gehalten werden, wenn man ihm einen Teil seines Landes abnimmt, womit er seine Schulden bezahlen kann und dieses für Lebenszwecke aufteilt. Die nur eine Besserung der einzelnen in den vier Gruppen zusammengefaßten Ursachen zu erzielen ist, führte der Redner im nächsten Teil aus.

Böle zur Preisbildung tun es nicht allein. Ausgleichung der Lebensverhältnisse an Schlachtviehpreise ist erforderlich. Mit der Abschaffung der Zölle auf Zunderzoll und Preisgestaltung erklärte sich der Redner für die Fraktion einverstanden. Ein Abbau der Futtermittelzölle sei nach wie vor wünschenswert. Als großes Ziel aber bleibe, daß die Zollgrenzen zwischen den europäischen Ländern fallen und nur noch eine Zollgrenze am Europa bleibe. Bevor nicht dieses große Ziel erreicht ist, würde ein Aufbruch der gesamten Wirtschaft in Deutschland nicht zu erreichen und die Konkurrenz mit anderen Kontinenten nicht aufrecht zu erhalten sein. Allein aber können wir es nicht durchführen. Alle Vorklagen müssen erkannt haben, wie wichtig das ist. So lange haben wir uns nach den gegebenen Verhältnissen zu richten und können die Böle nicht entbehren. Daneben muß die Abgabe gefördert und versucht werden, der Auslandskonkurrenz in der Standardware, die sie uns hereinbringt, erfolgreich deutsche Standardware gegenüberzustellen. Wenn man weiß, daß in Deutschland 1600 Apfelsorten wachsen, in Amerika nur fünf, kann man sich ungefähr klar machen, wie schwierig das ist. Die Genossenschaften einmal zu lancieren, unterstützen wir. Denn aber gibt es nur noch freie Konkurrenz mit dem Handel. Nicht anders die Genossenschaften befanden, als auch die Konsumvereine behandelt werden, nämlich unter gleichen Bedingungen arbeiten wie die freie Wirtschaft. Hier erwähnte der Redner

die Aktion mit dem Steuerkonzern. Er erklärte, daß der Anlauf von seiner Fraktion nicht begünstigt werde, das Objekt viel zu teuer sei und Absichten dahinter ständen, die eine Gefahr für die deutsche Wirtschaft bedeuteten. Der Getreidehandel habe in seiner Form verlagert. Es sei auch ein zweifelhafter Antrag, auf deutschen Mühlen mehr deutsches Getreide zu vermahlen. Alles draußbare deutsche Getreide werde auf deutschen Mühlen vermahlen. Der Frachtkurs von Amsterdam nach Köln koste nur 16, nach Mannheim 33 Pf. je 100 Kilogramm, während die Frucht von der Provinz Sachsen nach dem Rhein 2,38 Mark je 100 Kilogramm koste. Deshalb wäre es unfruchtig, hier durch bürokratische Organe eingreifen zu wollen. Die freie Wirtschaft solle sich für das Richtige. Die demokratische Partei erkenne in dem Antrag der Sozialdemokratie auf Einführung der Monopole den ersten Versuch, die Landwirtschaft der sozialistischen Wirtschaft nahebringen, und überlasse der Deutschnationalen mit dem Vorsitzenden des Deutschen Landwirtschaftsrats Brandes, die Monopolisierung der Einfuhr von Getreide, Mühltrieb und Schweinen durchzuführen. Wir wollen die Förderung der freien Wirtschaft, und warnen deshalb, auf diesem Wege auch nur einen einzigen Schritt weiterzugehen. — In Bezug auf die Steuern machte der Redner den Vorschlag, zu prüfen, ob nicht die ganze Einkommensteuer für den landwirtschaftlichen Kulturboden zu freieren, ebenso die Rentenansprüche auf die Grundsteuer abzugeben zu machen sei. Er forderte das Steuervereinfachungsgesetz mit der Begrenzung der Grundsteuer auf etwa 3/4 Proz. des Einheitssteuerwertes. — Zusammenfassend forderte der Redner 1. Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Interessen unter Überwindung parteipolitischer Grenzen, 2. Abschaffung der gebundenen Wirtschaft, der staatssozialistischen Experimente, statt dessen Selbsthilfe mit allen Chancen und Risiken, die der freie Beruf auf sich nehmen muß, hierzu 3. solange eine Hilfe des Staates, wie ein weiteres Abgleiten zu verstärken ist, 4. die Stützung habe durch eine Wirtschafts- und Handelspolitik zu erfolgen, die die bäuerlichen Interessen mehr beachte als bisher, dabei Rücksicht nehme auf die Tatsache, daß nur Agrarprodukte einführen müssen, diese Produkte müssen Rohstoffe und keine Endprodukte sein, 5. die Zurückverhaltung des Studienzinses an den Grenzen zu fordern, 6. find die Genossenschaften zusammenzufassen, einmalig zu lancieren, damit sie für die Förderung des Kredites des Abfahrs wieder fähig werden, 7. sind die schon ausgeführten Steuervereinfachungen durchzuführen.

Wie der Wehrwolf den Krieg bejaht

Gernegroße mit großen Worten.

Der Wehrwolf hat in Leipzig eine Reichstagsung seiner Ortsgruppenführer abgehalten, bei der der Oberwolf Kluge die Teilnehmerinnen zur Vereidung brachte, die eine Mischung von Jungbo, Stachelschwein und bäuerlichen Redensarten bilden.

In diesen Nichttönen bezeichnet sich der Wehrwolf „als Glied der neuen Front, deren altüber und kampferprobter Vorkämpfer er ist.“ Er erklärt sich als „gehobener Feind jeder Verneinung und jedes Pazifismus“ und faßt:

„Wir bejahen den Krieg, weil wir ohne ihn keine Möglichkeit sehen, die deutsche Frage zu lösen.“

Der Wehrwolf will die Befreiung des deutschen Volkes von „inneren und äußeren Feinden“ und lehnt „internationale Verbundenheit und überparteiliche Bindungen“ ab. Er will als Gegner der „internationalen Hochfinanz, der internationalen Freimaurerei und des internationalen Ultramontanismus“ wirken. „Sozialdemokratie glaubt er auch eine „soziale Bewegung“ zu sein.

Änderung des Angestellten-Versicherungsgesetzes

Beitritt zu einer Erntelasse.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Lemmer hat mit Unterstützung der demokratischen Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, ein Gesetzentwurf zur Änderung des Angestelltenversicherungsgesetzes dem Reichstag vorzulegen, in dem der § 363 des Angestelltenversicherungsgesetzes folgenden neuen Absatz erhält:

Der Beitritt eines Unternehmens zu einer zugelassenen Erntelasse ist auf gemeinsamen Antrag des Unternehmers und der Mehrheit der beschäftigten Angestellten mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers gestattet, wenn der Gegenstand des Unternehmens der gleiche ist, wie der der Erntelasse bereits angehörenden Unternehmungen.

Wo bleiben die Bezirkswirtschaftsräte?

Demokratische Anfrage.

Der demokratische Abgeordnete Moog brachte im Thüringer Landtag folgende Anfrage ein:

Der Artikel 165 der Reichsverfassung sieht die Bildung von Bezirkswirtschaftsräten vor. Diese Verfassungsbestimmung hatz immer noch der Ausführung durch ein Reichsgesetz. Im Reichstag wird lediglich zurzeit ein Gesetzentwurf zur Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates beraten. Die nach der Reichsverfassung zu bildenden Bezirkswirtschaftsräte stellen neben Reichswirtschaftsrat und Betriebsräten das für die demokratische Wirtschaftsführung notwendige Mittelglied dar. Ich frage daher die Regierung, ob sie bereit ist, sich bei der Reichsregierung für die schnellstmögliche Vorlage eines Reichsgesetzes zur Bildung von Bezirkswirtschaftsräten einzusetzen?

Bezirk Halle

Deutsch-Demokratische Freundengruppe Halle

Zusammenkünfte im St. Nicolaus abends 8.15 Uhr.

Donnerstag, den 10. Januar 1929 (20 Uhr):

Vorlesung an der Veranstaltung des Friedrich-Raummann-Bundes. Vortrag von Herrn Studentrat Dr. Benzlau: „Kreuzens deutsche Mission in Bergan genheit und Zukunft.“

Donnerstag, den 24. Januar 1929:

„Kleinrentner und unsere Forderungen.“

Franklin G. Jordan.

Donnerstag, den 7. Februar 1929:

„Das Geheimnis des Danesplanes.“

Herr Dr. Liebig.

Donnerstag, den 21. Februar 1929:

„Unser Standpunkt zur Eheerbsreform.“

Frau Marg. Bennemih.

Donnerstag, den 7. März 1929:

„Wie kann die Staatsbürgerin praktisch sozial arbeiten.“

Franklin Dr. Rathgen.

Donnerstag, den 21. März 1929:

Gründungsfeier der Freundengruppe.

Um rege Beteiligung wird gebeten. Änderungen vorbehalten.

Halle. (Friedrich-Raummann-Bund.) Unsere nächste Versammlung findet nicht am Dienstag, dem 8. Januar, sondern Donnerstag, dem 10. Januar statt. Es spricht 20 Uhr im Nicolaus, Hr. Nicolaus, Herr Studentrat Dr. Benzlau über „Kreuzens deutsche Mission in Bergan genheit und Zukunft.“ — Parteimitglieder und Freunde sind herzlich eingeladen.

Halle. (Republikanischer Studentenbund.) Mittwoch, den 23. Januar, abends 20.30 Uhr im „Rathhof“, Reichstraße, Herr Oberstudienrat Dr. Bohne, M. d. L. über „Student und Republik.“

D. D. B. Halle

Beamten-Ausschuß

Morgen Sonntag, den 6. Januar, vorm. 11 1/2 Uhr

Landtagsabgeordneter, Dr. rosthafner vor

Barteld — Hannover

im Nicolaus über

„Der Kampf um das Berufsbeamtentum.“

Alle Parteifreunde müssen erscheinen. Die Veranstaltung ist öffentlich. Eintritt frei. Saalöffnung 11 Uhr.

geordneten Tanzens. Die Weitergabe durch die Kreisverbände an Parteifreunde aus dem landwirtschaftlichen Beruf muß sofort erfolgen. Wehrbedarf ist von der Wahlkreisgeschäftsstelle anzufordern.

Beisetzers. Montag, den 7. Januar, abends 8 Uhr, im Stadttheater Mitgliederversammlung, zu der Gesinnungsfreunde herzlich eingeladen sind. Herr Professor Dr. G. Künzeld aus Halle spricht an diesem Abend über das aktuelle Thema: „Die Ursache unserer Wohnungsnot.“ Der Vorstand tritt als Mitglie der, sich an dieser Versammlung zu beteiligen und ihre erwachsenen Angehörigen und Freunde mitzubringen. Persönliches Erscheinen ist Pflicht.

Grenzreitern. Sonntag, den 12. Januar, Gründungsversammlung einer Ortsgruppe der D. D. B. und Besprechung über Aftenausschreibung zur Neuwahl der Stadtverordneten am 27. Januar. Referent: Dr. Liebig.

Halle.

Witterfeld. Die Hauptversammlung des Kreisverbandes Witterfeld der Deutschen Demokratischen Partei findet am Sonntag, dem 13. Januar 1929, um 14 Uhr, im Gasthaus „Zum Guburger Hofbräu“ statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Rechnungsprüfer, Entlastung, Jahresabschluss. 2. Vorstandswahl. 3. Bericht über zwei Antragsverfahren im Kreis. 4. Tätigkeitsbericht des Kreis-Personalausschusses. 5. Aussprache und Wünsche der Ortsgruppenvertreter und Vertrauensmänner. (Tätigkeit und Erfolg.) (Nachfragen, Bildung des Ortspersonal-Ausschusses). 6. Verwaltsabhandlung der Kreis- und Provinziallandtagslisten durch Vorschläge der Ortsgruppen und Vertrauensmänner. 7. Verschiedenes.

Ankündigung zum Kreiswortwechsel.

Genf: 1. Bismarck, 2. Wom, 4. Gobe, 7. Emil, 8. Joel, 9. Bo, 10. Wal, 11. Ren, 12. He, 18. El, 17. He, 18. Rab, 19. Mole, 20. Sint, 21. Reis, 22. Garn. Brauch: 2. Ab, 6. Tanne, 6. Remscheid, 8. Sta, 11. Ren, 15. Pola, 14. El, 15. Renan, 18. Ramm, 21. Rang, 23. Dibe, 24. Brischfen.

Die große illustrierte Halbmonatschrift

MUSIK UND THEATER

die — überaus reichhaltig und vielseitig illustriert — jedem geistig interessierten und am kulturellen Leben Deutschlands teilnehmenden Menschen unentbehrlich ist!

PROBENHEFT für Sie ÜPSONS

SCHNEIDER & CO. VERLAG

MUSIK- UND THEATER

1928

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streichs, höhere Gewalt und Betriebsführung enthalten den Verlag von der Haftung für Verbreitung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, Fernsprecher Nr. 1277

Nummer 1

Halle, 5. Januar 1929

5. Jahrgang

Neujahrstrachtungen

Neu und Altes zum Jahrbeginn waren auf einen ungewöhnlich frühen Ton gestimmt, der freilich nach Lage der Dinge nicht die richtigen waren. Der Rückblick auf die eben verflohenen 12 Monate berechtigt eben nicht zu besonderer Freude, und eine ruhige, nüchterne Beurteilung der Lage macht für die kommende Zeit keine übertriebenen Erwartungen. Namentlich gilt das, soweit deutsches Schicksal in Frage kommt. Zu irgendeiner Begeisterung haben wir kaum Anlaß. Selbst die bestedendsten Hoffnungen haben sich nicht erfüllt, und das ganze Ringen der Nation ist nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Das stimmt trübe, darf aber nicht die Schaftensfreude lähmen. Im Gegenteil. Mit verstärkter Kraft muß an die Aufgabe der Befreiung deutschen Bodens herangetreten werden. So erwarten wir von dem nunmehr angebrochenen Jahr. Hermann Müller hat in seiner Ansprache an den Reichspräsidenten diese Frage angefaßt und verprochen, das Neujahr zu tun, um die Gegensätze an die Erfüllung ihrer Zusicherungen zu erinnern. Hinzu kommt die Aufgabe der Einigung der diplomatischen Kräfte, um auf die Begründung durch den päpstlichen Nuntius den Geist der Väter des Ausdrucks zu geben. Auch der Jahresfrist ist das, wenn schon in anderer Form, geschehen. Nur ruhen damals die Verhandlungen, während sie jetzt viele Monate währen, ohne bisher erkennbares Ergebnis gezeigt zu haben. Wir sind nicht vorwärts gekommen. Da die innere Festigung des Reiches wirklich solche Fortschritte gemacht hat, wie Kaiser und Reichspräsident glauben festsetzen zu können, müssen wir auch dahin gestellt sein lassen. Um Grund genommen ist wenig gelungen, was zu dieser Anerkennung berechtigt. Die vorigen Jahresarbeiten sind nicht unbedingt überfordert worden, sondern haben nach wie vor erst ihrer Wirkung. Dazu rechnen wir das Verhältnis zwischen Reich und Länder, den Finanzgleichheit, die Zukunftsform, die Verwaltungsreform und die Abänderung des Wahlgesetzes. Besonders wichtig an der Größe dieser Aufgaben aus der nationalen Wille, sie zu meistern und damit das Schicksal Deutschlands für die Zukunft sicher zu stellen.

Der Bericht des Generalagenten

Mit erheblicher Verfassung hat Barter Gilbert seinen Bericht über die deutschen Finanzen der Öffentlichkeit übergeben. Nicht nur seine Ausführungen, sondern gelangt man zu einem vollkommenen falschen Bild. Was ihn veranlaßt hat, ein so glückliches Urteil zu erlassen, wird uns immer unklar bleiben. Wir denken unwillkürlich an das Wort Hermann Müllers beim Neu-Ausgang beim Reichspräsidenten, daß man im Zustande sich durch eine Scheitelmittel täuschen läßt. Das scheint tatsächlich der Fall zu sein. Es ist über richtig, daß einige verantwortungslose Zeitgenossen einen Reichtum zur Schau tragen, der sie gar nicht besitzen, und daß die Spekulation, die in unserer Lage nationale Selbstverpflichtung wäre, nicht genügend betätigt wird. Aber durch die Hauptfragen der Großstädte geht, kann sehr leicht zu falschen Schlüssen verführt werden. Aber das sind schließlich nur Erscheinungen, denen man überall in der Welt begegnet. Das Elend der Massen ist auf diesen Späterungen nicht zu erkennen, weil es sich in die Außenwelt zurückzieht. Vor allem aber ist für den Fernbesitzer nicht genügend die Verelendung des Mittelstandes zu erkennen, der von der Hand in den Mund lebt und nie weiß, wie er die Bedürfnisse des nächsten Tages befriedigen soll. Auch die amtliche Bauartigkeit könnte etwas weniger lauerlich sein. Der Fremde sieht nur Prachtbauten und erkennt nicht, daß dieser Reichtum verbunden ist mit einem Mangel an Notwendigen, an Häusern für Kranke, Altersschwache und Waisen. In vielen Städten hat gerade zum Jahreswechsel eine beachtliche Kritik daran eingeleitet. Der Vertriebsdienst, der jetzt wieder herrscht, stehen viele Städte in ihrer eigenen Gefahr geradezu hilflos gegenüber. Davon heißt in dem Bericht Barter Gilbert nichts drin. Er ist der Ansicht, daß wir die 2½ Milliarden jährlich geradezu mit Selbstverleugung zahlen können, wobei er nur die Kleinigkeit übersehen hat, daß wir dies bisher lediglich auf Grund von Anleihen und neuen Schulden der öffentlichen wie der privaten Wirtschaft durchgeführt haben. Wir bedauern um so mehr, daß Gilbert ein so unzutreffendes Bild unserer Lage entwirft, als man sich voraussichtlich bei den Reparationsverhandlungen gerade auf ihn berufen wird.

Reich und Länder

In einem Punkte werden wir dem Generalagenten zweifellos zustimmen müssen. Er bemängelt, daß das finanzielle Verhältnis zwischen dem Reich, den Ländern und Gemeinden noch immer keine Regelung erfahren hat. Auch seine Bemerkung, daß eine Kontrolle schon im Interesse späterer Reparationen notwendig wäre, läßt sich nicht so leicht abtun, wie es in den partikuläristisch eingestellten Gemütszuständen der Freistaaten geschieht. Es ist gewiß nicht das Kernproblem, das in den Fragen der Reparation gelöst

werden muß, aber zweifellos eines der wichtigsten unserer Finanzpolitik überhaupt. Arbeit wir nicht einmal für das wesentliche das halten, was durch eine vernünftige Regelung an Geld erübrigt werden kann, sondern die Vermeidung bürokratischer Verfalls und die Beteiligung überflüssiger Kommissare, die sich aus sonst fühlbar genug machen. Denkschriften genug liegen darüber vor und zeigen, daß die kleineren Staaten neuer arbeiten als die großen, und daß die Kampfergebnisse, diese Erfindung händig um ihre Machtbefugnisse bestrebt Amtsstellen, die Entwicklung bedenklich eingekürzt haben. Der Finanzgleichheit ist eben auch ein Teil der Verwaltungsreform. Daran darf sich nicht denken, daß die kleineren Staaten neue arbeiten als die großen, und daß die Kampfergebnisse, diese Erfindung händig um ihre Machtbefugnisse bestrebt Amtsstellen, die Entwicklung bedenklich eingekürzt haben. Der Finanzgleichheit ist eben auch ein Teil der Verwaltungsreform. Daran darf sich nicht denken, daß die kleineren Staaten neue arbeiten als die großen, und daß die Kampfergebnisse, diese Erfindung händig um ihre Machtbefugnisse bestrebt Amtsstellen, die Entwicklung bedenklich eingekürzt haben.

Hugenbergs Neujahrskundgebung

Der neue Herr in der deutschen Nationalen Partei hat zum Neujahrstage einen Aufruf veröffentlicht, der deutlich genug das Bedenken darlegt: rückt, daß es uns nicht gut geht. Nichts fällt diesen Kreisen mehr auf die Nerven als ein deutlicher Erfolg, der ihre eigenen Ansichten vermindern würde. Eigentlich sollten die Grundgedanken der nationalen Bewegung eine andere Einstellung beweisen, aber wir sind von ihnen gewohnt, daß sie nur an sich denken, während sie gleichzeitig die nationale Frage bis zum Überdruß verwenden. Seine Kritik ist in ihren Einzelheiten natürlich berechtigt. Niemand wird ihm widersprechen, wenn er das verflozene Jahr als ein besonders erfreuliches bezeichnen und alles anzweifelt, was es uns schuldig gelassen ist. Die Dinge ist endlos. Aber das ist nicht das Entscheidende. Das herrschende System von Weimar wird von ihm angeklagt, als ob es an der Verworfenheit der Zustände den Hauptanteil trägt. Die Abneigung gegen die Republik trägt immer wieder nach Ausdruck. Die Unfähigkeit des Systems glaubt er feststellen zu können, obwohl er selbst in den Mängeln geistert, die in der Vergangenheit stärksten Einfluß gehabt haben und mitverantwortlich für die Katastrophe sind. Wir haben ein Recht, uns gegen Diktate unserer ehemaligen Feinde aufzulehnen, denn wir haben auch während des Krieges niemals daran gedacht, unmögliche Bedingungen im Falle eines deutschen Sieges zu stellen. Hugenberg kann das nicht behaupten. Er hat zu

daß er möglichst bald seinen jetzigen Posten verlassen will, um im kommenden Jahre für die Präsidentschaft zu kandidieren. Dieses Amt setzt ihn persönlich weniger aus. Man kann heute sagen, daß es einzig und allein von ihm abhängt, wann er gehen will, und es ist ohne weiteres bei seiner ganzen Natur anzunehmen, daß er sich einen Augenblick auszusuchen wird, der ihm ein Ausgehen mit Ehre gestattet.

Politik und Geschäft

In den Weihnachtstagen haben Senat und Kammer Frankreichs unter dem Druck Poincarés ein Gesetz angenommen, das die Beteiligung von Parlamentariern an Geschäften verbietet. Eine solche Kontrolle, an denen es ja in Frankreich nie gefehlt hat, haben dazu den Anlaß gegeben. Man will verhindern, daß Abgeordnete gleichzeitig Ausschüsse oder Direktoren von Verwaltungen sind und diese Doppelfunktion zu einer Art Korruption ausüben. Das Vorhaben ist an sich berechtigt, aber in dieser Form außerordentlich. Da auch bei uns und in anderen Ländern ähnliche Forderungen laut werden, muß man schon den Kern der Frage herausfinden. Wir müssen jedenfalls das Pariser Vorbild nicht emulieren. Hier wird tatsächlich das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Zunächst muß man sich darüber klar sein, daß es uninteressierte Menschen in keinem Parlament jemals geben wird. Es man Ausschüsse einer Partei, Mitglied einer industriellen Verwaltung oder selbstständig tätig ist, rückt gar keine Rolle. Auch der Landwirt ist nicht unbefangene, wenn Agrarfragen zur Verhandlung stehen. Und schließlich muß man doch einmal offen aussprechen, daß jeder, der in einer öffentlichen Ämterstellung ist, auch Steuerzahler ist und in dieser Hinsicht natürlich seine Interessen wahrnimmt. Eine Frage stellt sich, ob diese Interessen im Interesse der Nation im Vordergrund stehen und die öffentlichen Ämter, durch Freundschaften und Bekanntschaften eine gewisse innere Anteilnahme besitzt. Wenn man sich selbst Menschen vorstellt, die das Ideal der inneren Unabhängigkeit verkörpern, so könnte man einfach dazu, daß man überhaupt keine Sachverständigen mehr für die einschlägigen Gesetze hätte. So geht es also nicht. Was verlangt werden kann und verlangt werden muß, ist etwas ganz anderes, nämlich der Zugang zur öffentlichen Verwaltung jeder finanziellen Beziehung. Der Wähler wie das Parlament müssen wissen, an welchen Geschäften jemand beteiligt ist. Darin kann uns England als Muster gelten. Es muß von vornherein festgestellt werden, welche Person neben dem offiziellen Beruf noch innehat, damit die Fraktionen in der Lage sind, ihnen die Abstimmung zu verweigern, wenn sie in eigener Sache als Gesetzgeber auftreten wollen. Auch wird man einmal die Frage erörtern müssen, ob nicht dem Parlament selbst die Funktion eines Gerichtshofes übertragen werden sollte. Wir haben ja selbst den Fall gehabt, daß ein parlamentarischer Abgeordneter bei dem Kampf um die Entschädigung der Fürsten sich als bezahlter Beauftragter eines Verlags entpuppte, wovon er sorgsam geschwiegen hatte. Dagegen muß Front gemacht werden. Das französische Gesetz aber ist abzulehnen.

Das sozialdemokratische Wehrprogramm

Dem Parteitag, der am 10. März zusammentritt, wird ein sogenanntes Wehrprogramm vorgelegt. Der Zwang es zu schaffen, bestand zweifellos schon mit Rücksicht auf den Etat, in dem ja die 2. Rate für den Panzerkreuzer A enthalten sein soll. An dem Entwurf haben Vertreter beider Flügel mitgearbeitet, so daß man ihn wohl als einen Kompromiß bezeichnen muß. Er zerfällt in 2 Teile: einen grundsätzlichen und einen besonderen. Mit dem ersten sind wir reiflos einverstanden. Es wird hier klar ausgesprochen, daß angesichts der internationalen Verhältnisse Deutschland eine Wehrmacht unterhalten muß. Auch wir glauben, daß gerade zur Förderung der Abrüstung das unbedingt erforderlich ist, denn umso schwächer wir sind, umso weniger fähig die Westmächte den Zwang in sich, ihre aus dem Vertrag von Versailles stammenden Verpflichtungen zu erfüllen. Auch was sonst zur Außenpolitik gesagt wird, kann von uns unterschrieben werden. Abrüstung, obligatorische Schlichtungsgerichte, Fortsetzung der Kooperationspolitik. Das ist schließlich das Programm der Großen Koalition. Die Einzelheiten, die ja mehr dazu bestimmt sind, der Masse der Wähler die Anerkennung des Wehretats schmuckhaft zu machen, fordern dagegen zur Kritik heraus. Vor allem ist eine Frustration unter parlamentarischer Kontrolle undurchführbar. Die ökonomischen Erfahrungen sind nicht geeignet, dieses Beispiel zu folgen. Es würde lediglich der Rechte die Gelegenheit bieten, wenn sie wieder einmal nie unter Herrn Marx regiert, dann alle christlichen Republikaner vom Wehredienst auszuschließen. Was notwendig ist, erfordert eine Disziplin, die straff durchgeführt wird und ein schuldloses Zugreifen, wenn Verbindungen mit Rechtsver-



Verfasser, wobei seine eigene Verantwortung vorgeht. Aber gewisse Alterserscheinungen machen sich eben bemerkbar. Deshalb klingt es durchaus glaubhaft, wenn berichtet wird,